

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 31-32 / Juli 2014



Inhalt

- 2 Die Zukunft nach den Millennium Development Goals
- 5 Geführte Touren für Besucher_innen durch die Assembleia da República
Oriël Chemane, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im mosambikanischen Parlament
- 6 Österreichische Entwicklungszusammenarbeit – sind 0,7 % des BNE zu viel?
Annelies Vilim (AG Globale Verantwortung) und David Chidgey (Member of the House of Lords, GB)
- 8 2015 – Europäisches Jahr für Entwicklung
- 8 Mosambik: Zusammenarbeit mit Wirkung
Claudia Gruber, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Austrian Development Agency
- 9 Kurz notiert: Wahlen in Mosambik
- 10 Migration und Entwicklung – Wo stehen wir in Forschung und Politik?
Marion Noack, Mitarbeiterin am International Centre for Migration Policy (ICMPD)
- 11 Diaspora Engagement und EZA
Michael Fanizadeh, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)
- 13 The dialogue on migration between Africa and the EU
Hon. Marit Maj, Dutch MP with the portfolio of Europe, Asylum and Migration and Head of the Dutch AWEPA Section
- 14 Südafrika: Neustart trotz Wahlsieg?
Walter Sauer, Mitarbeiter des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika/SADOCC
- 15 Literatur für den Sommer
- 16 Zahlen, Daten, Hintergründe

Schüler_innen im Plenarsaal der Assembleia República in Maputo im Rahmen einer Führung durch das mosambikanische Parlament.

Foto:
Oriël Chemane

Editorial



Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Leserinnen und Leser!

Die EU begeht 2015 das „Europäische Jahr für Entwicklung“ unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. Es werden viele Reden gehalten werden, sicher auch in Österreich, wie wichtig die Entwicklungszusammenarbeit ist.

Bei der Plenarsitzung am 23. Mai wurde im österreichischen Parlament das Budget für 2014/2015 mit einer Mehrheit beschlossen und somit eine Kürzung der EZA Mittel für 2015 um 17 Millionen Euro (bzw. 20 %) im Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Nun mag es Gründe der Rechtfertigung für diese Maßnahme geben, aber mindestens ebenso viele Argumente, warum diese Kürzungen eine Ungeheuerlichkeit darstellen. Geld ist natürlich nicht alles in der EZA. Es geht ebenso darum z.B. durch gerechte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und Partnerschaften auf Augenhöhe den Menschen im Süden eine faire Chance zu geben, ihren Weg in Würde selber zu gestalten. Geld ist aber auch nicht völlig irrelevant. Eine zügige Annäherung an das 0,7% Ziel wäre vor allem ein klares Zeichen, dass man die Verantwortung für ein würdevolles Leben aller Menschen in einer gemeinsamen Welt ernst nimmt.

Es entzieht sich daher dem Verständnis vieler engagierter Österreicher_innen, warum sich Politiker_innen immer wieder positiv zur EZA bekennen, aber dann, wenn es darauf ankommt, diesem Bekenntnis keine entsprechenden Taten folgen lassen. Das schadet nicht nur den Menschen im Süden, sondern auch dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Politiker_innen hier.

Ich möchte daher mit einem Sprichwort aus Ghana schließen: „Worte sind schön, aber Hühner legen Eier.“


Jutta Kepplinger
Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Die Zukunft nach den Millennium Development Goals

Beim NordSüdDialogFORUM „Globale Partnerschaft für Entwicklung – ein österreichischer Beitrag zur Post-2015-Debatte“ stand die Diskussion um globale Entwicklungsziele der nächsten Dekade(n) im Mittelpunkt. Die Veranstaltung im österreichischen Parlament wurde von relevanten Akteur_innen aus Politik, Ministerien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besucht.

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Im Jahr 2015 endet der Bezugszeitraum, den sich die internationale Staatengemeinschaft im Jahr 2000 zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals; MDGs) gesetzt hat. Unter dem Stichwort „Post-2015“ wird im Rahmen der Vereinten Nationen derzeit diskutiert, wie es mit einer globalen Entwicklungsagenda weitergehen soll. Neben dem bereits vorliegenden Bericht des High Level Panels of Eminent Persons beschäftigt sich eine offene UN-Arbeitsgruppe mit der Formulierung von Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals; SDGs). Parallel dazu arbeitet ein internationales Expertenkomitee Vorschläge zur nachhaltigen Entwicklungsfinanzierung aus. Die Berichte aller drei Expertengruppen bilden den Ausgangspunkt für abschließende Verhandlungen ab Herbst 2014. Das neue Rahmenwerk soll im September 2015 bei einem UN-Gipfeltreffen angenommen werden.

Auch Österreich möchte sich intensiv in die Diskussion um die „Post-2015“ Agenda einbringen. Mit der Veranstaltung bot das österreichische Parlament im Rahmen des Projektes Parlamentarischer NordSüdDialog eine Plattform für den Austausch und die Diskussion darüber, wie und mit welchem Fokus Österreich nach dem Jahr 2015 globale Entwicklungsziele mittragen soll und wird.

10-Punkte-Programm

Neben generellen Fragestellungen nach den Erfolgen und Schwächen der MDGs ging es vor allem um die Inhalte des österreichischen 10-Punkte Programmes zur Post-2015-Agenda. Dieses, von den Ministerien für Europa, Integration und Äußeres sowie Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft federführend ausgearbeitete Programm, spiegelt die österreichischen Anliegen zur Post-2015-Agenda wider und wird in die internationalen Verhandlungen eingebracht werden. Das Programm existiert noch nicht in seiner finalen Version. Umso wichtiger erscheint die Einbindung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure, inkl. der Zivilgesellschaft, um die Ownership zu gewährleisten und einen aktiven Beitrag aller einzubindenden Verhandlungs- und Umsetzungsebenen zu erreichen. Unabhängig von den konkreten Formulierungen der 10 Punkte und deren Unterkategorien tritt Österreich für die Gleichrangigkeit der drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung (Soziales, Umwelt, Wirtschaft) bei der Erarbeitung der Post-2015-Agenda ein.

Einführung in die Thematik

In ihren Eröffnungsworten wies Nationalratspräsidentin Barbara Prammer darauf hin, dass demokratische, rechtsstaatliche Strukturen unabdingbare Voraussetzungen für eine inklusive



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnet das Parlamentarische NordSüdDialog FORUM

Entwicklung in allen Staaten der Welt sind. Es sei daher zentral, Parlamente als Institutionen der Kontrolle und als Organ der Volksvertretung zu unterstützen und zu stärken.

UN-Botschafter Martin Sajdik, der derzeitiger Präsident des ECOSOC (UN Economic and Social Council), bilanzierte über die bisherige Umsetzung der MDGs und beschrieb den aktuellen Stand bei den befassten internationalen Gremien und Prozessen in Bezug auf die Ausarbeitung neuer globaler Entwicklungsziele (siehe Kasten). Er betonte die Verantwortung, die jeder einzelne Staat übernehmen müsse. Von österreichischer Seite setze man sich besonders



Die Informationen zum aktuellen Stand der Verhandlungen in Bezug auf globale Entwicklungsziele stießen auf großes Interesse.

DRAFT DER (MOMENTAN AKTUELLEN) 16 SDG-FOCUS AREAS DER OPEN WORKING GROUP DER UN (STAND: ANFANG MAI 2014, SESSION OF THE OPEN WORKING GROUP FROM 5 TO 9 MAY).

1 End poverty in all its forms everywhere	9 Industrialization and promoting equality among nations
2 Sustainable agriculture, food security and nutrition	10 Sustainable cities and human settlements
3 Health and population dynamics	11 Sustainable consumption and production
4 Education and life-long learning	12 Climate change
5 Gender equality and women's empowerment	13 Conservation and sustainable use of marine resources, oceans and seas
6 Water and sanitation	14 Ecosystems and biodiversity
7 Energy	15 Means of implementation/Global partnership for sustainable development
8 Economic growth, employment and infrastructure	16 Peaceful and inclusive societies, rule of law and capable institutions



für die Verankerung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit ein.

Neben dem Botschafter führten drei weitere Expert_innen in kurzen Vorträgen in ausgewählte Themenbereiche ein, die im Post-2015 Prozess von Relevanz sind. Karin Küblböck von der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE) wertete die Einbindung der Privatwirtschaft in die EZA als eine Möglichkeit, zusätzliche positive Effekte zu erzeugen bzw. Synergien zu nutzen. Vor allem jedoch die Bekämpfung von Armut sowie von sozialen und ökologischen gesellschaftlichen Problemen sei durch die Privatwirtschaft allein nicht zu erwarten. Es bedarf hier klarer Regeln und Rahmenbedingungen.

Für Wolfgang Lutz, den Direktor des Wittgenstein Center for Demography and Global Human Capital, stellt Bildung – vor allem für Mädchen und Frauen – die Basis für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der wachsenden Weltbevölkerung dar. Zahlreiche Studien hätten nachgewiesen, dass bereits wenige Jahre Schulbesuch von Mädchen deren durchschnittliche Kinderanzahl pro Frau wesentlich senkt, da Frauen berufliche Perspektiven bekommen und dadurch gesellschaftliches Empowerment erfahren.

Damit die Post-2015 Ziele nicht – wie dies bei den MDGs oft kritisiert wurde – lediglich in eingeweihten Zirkeln verankert werden („preaching to the converted“), ist es von entscheidender Bedeutung, durch eine umfassende Kampagne breitere Teile der Bevölkerung anzusprechen und in die Umsetzung der Maßnahmen mit einzubeziehen. Nur so können die Ziele Erfolg haben. Reinhild Renée Ernst von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) berichtete aus ihren Erfahrungen mit der Umsetzung der MDG-Kampagne in Deutschland und betonte, dass viele Themenbereiche über Staats- und Kontinentgrenzen hinweg relevant sind, und dies müsse den Bürger_innen auch vermittelt werden. Die eigene Betroffenheit führe zum Tätig werden.

Vier Arbeitskreise

In vier Arbeitskreisen wurden wichtige thematische Schwerpunkte behandelt:

- Wirtschaft und Verantwortung für Mensch und Umwelt
- Demographie und Genderspekte
- Globales Lernen und Öffentlichkeitsarbeit
- Rolle der Parlamente – Rule of Law und Good Governance

Foto 1:

Im Arbeitskreis I wurde die Verantwortung der Wirtschaft im Sinne einer inklusiven sozio-ökonomischen Entwicklung thematisiert. Im Bild von links: Karin Küblböck, Moderator Hartwig Kirner (FAIRTRADE Österreich), Ruperta Lichtenecker (Abg.z.NR).

Foto 2:

Abg.z.NR Claudia Durchschlag berichtete aus dem Arbeitskreis II, in dem zu Fragen nach einer gendergerechten Gesellschaft und den notwendigen Maßnahmen zu deren Erreichung diskutiert wurde.

Foto 3:

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft spielt bei der Umsetzung von globalen Entwicklungszielen eine zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang ist eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit bzw. Kampagne von großer Bedeutung. Mögliche Szenarien wurden im Arbeitskreis III erörtert.

Foto 4:

Botschafter Sajdik hielt nicht nur die Keynote sondern brachte sich auch in Arbeitskreis IV zur Rolle der Parlamente als Experte ein.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Geführte Touren durchs Parlament*

Oriel Chemane, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im mosambikanischen Parlament

Basierend auf einem Programm zur Öffnung des Parlaments hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Internationales damit begonnen, Führungen durch das Parlament für Bürger_innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen anzubieten. Der Fokus liegt dabei vor allem auf Schüler_innen der Unterstufen sowie Student_innen der Universität.

Derzeit werden die Touren zwei- bis dreimal in der Woche angeboten, wobei die größte Besucher_innengruppe Schüler_innen in Begleitung ihrer Lehrer_innen darstellen. Ein Grund für das große Interesse der Schulen ist, dass die Öffentlichkeitsabteilung des mosambikanischen Parlaments bewusstseinsbildende Kampagnen in Schulen und bei Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen durchführt, in denen auf die Bedeutung des Parlaments für die Demokratie hingewiesen wird und bei denen auch informiert wird, wie man Zugang zum Parlament erhält. Neben den Schulklassen gibt es auch vermehrt Anfragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von Delegationen aus dem Ausland.

Es wurden neue Konzepte für die Organisation der Führungen erstellt und umgesetzt. Unter anderem werden aktuell jene

4 Mitarbeiter_innen, die bei den Gruppenführungen eingeteilt sind, in den Bereichen geschichtliche Hintergründe des Parlamentarismus in Mosambik und Weg der Gesetzgebung ausgebildet, um auf die Fragen der Besucher_innen noch besser eingehen zu können. Von großer Hilfe ist dabei das Guided Tours Manual, das im letzten Jahr im Rahmen der Partnerschaft mit Mitarbeiter_innen des österreichischen Parlaments erarbeitet worden ist.

Das Feedback der Besucher_innen ist sehr positiv, da sie die Möglichkeit haben, den parlamentarischen Alltag zu erleben und auch etwas über die Geschichte des Parlaments zu erfahren. Die meisten Fragen der Besucher_innen beziehen sich auf den legislativen Prozess, die parlamentarischen Abläufe und die Zusammensetzung der Klubs. Derzeit sind leider noch keine Treffen

mit Abgeordneten im Rahmen der Parlamentsführungen vorgesehen, da diese mit ihrer Arbeit in den Wahlkreisen und in den Ausschüssen sehr ausgelastet sind.

Bezüglich der Organisation der Parlamentsführungen muss angemerkt werden, dass es noch ein Defizit gibt hinsichtlich des Fremdsprachentrainings der Mitarbeiter_innen (Englisch und Französisch). Auch eine Kamera für Fotoaufnahmen der Gruppen während der Führungen fehlt noch.

Für die Zukunft sind eintägige Demokratiewerkshops in den Schulen, die in der Nachbarschaft des Parlaments liegen, geplant. Zudem sollen Grundschulen und höhere Schulen besucht werden. Dies soll Interesse am Parlament wecken und die Besucher_innenzahlen erhöhen. Wir gehen davon aus, dass Parlamentsführungen in Zukunft eines der wichtigsten Werkzeuge für das Parlament werden, angesichts der Tatsache, dass sie ein effizientes Instrument der Annäherung des parlamentarischen Geschehens an die Bürger_innen und der Bürger_innen an das Parlament darstellen.

Ich möchte zum Abschluss die Gelegenheit nutzen, um und die besten Grüße aus Mosambik zu senden und Ihnen einen schönen Sommer zu wünschen.



Parlamentarische Partnerschaft Österreich – Mosambik

Eine wesentliche Säule des Projektes Parlamentarischer NordSüdDialog ist die Partnerschaft und technische Kooperation zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament, die 2006 initiiert wurde. In den vergangenen Jahren liegt der Fokus der Kooperation auf der Implementierung der in der vorangegangenen Projektphase in trilateraler Partnerschaft (Österreich, Mosambik und Portugal) entwickelten

Internet- und Kommunikationsstrategie, sowie auf der Öffnung der Assembleia da República für seine Bürger_innen. Letzteres soll vor allem durch Parlamentsführungen sowie die Durchführung eines Tages der offenen Tür im mosambikanischen Parlament gelingen. Im Rahmen des Projektes wurde in mehreren Trainings in Maputo und Wien ein Manual für Guided Tours entwickelt, das sich derzeit in der Umsetzung befindet.

Fotos:
Oriel Chemane

* Übersetzung aus dem Portugiesischen durch die Redaktion

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit – sind 0,7 % des BNE zu viel?

Seit dem Jahr 2005 (0,52 % des Bruttonationaleinkommens, BNE) entfernt sich Österreich beinahe kontinuierlich vom international vereinbarten Ziel, 0,7 % des BNE als ODA (Official Development Assistance) zur Verfügung zu stellen. Bei der Ausstattung mit direkten Projektgeldern wurde mit budgetierten 51 Millionen Euro für das Jahr 2014 ebenfalls ein Tiefpunkt erreicht. Experten stellen sich bereits die Frage, ob dieser Betrag überhaupt noch eine eigenständige operative EZA in Österreich erlaubt und rechtfertigt. Die Finanzkrise und gesamtbudgettäre Sparzwänge werden seitens der Bundesregierung oft

als Hintergrund für die Kürzungen genannt. Doch diese Bedingungen gelten auch für andere Staaten, die trotzdem das 0,7 % Ziel erreicht haben.

Nachfolgend äußern sich die Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung, Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Organisationen Österreichs, und Lord David Chidgey, Abgeordneter im House of Lords im britischen Oberhaus und Mitglied des AWEPA Governing Councils, zu Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit, vereinbarte Ziele und Abkommen einzuhalten.



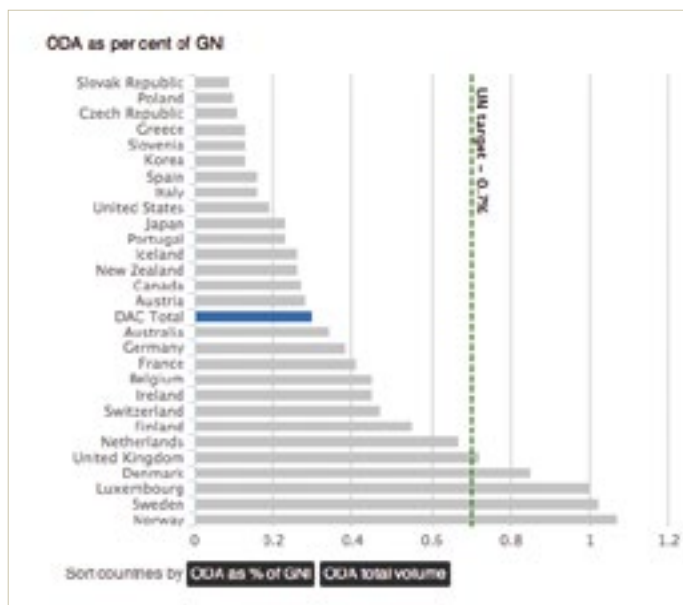
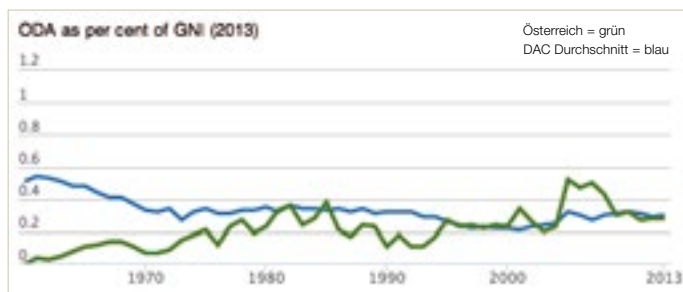
©Johanna Rauch

Kommentar von Annelies Vilim

Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung, Trägerorganisation der Kampagne „mir wurscht?“, die sich gegen die Budgetkürzungen bei der EZA richtet.

Mit dem Budgetbeschluss vom 23. Mai wurden auch Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit – allein 17 Millionen bei der direkten Projekthilfe – und die Nichterhöhung der Mittel für die Katastrophenhilfe beschlossen. Das ist leider traurige Realität. Im Regierungsprogramm ist eine stufenweise Anhebung des EZA-Budgets auf die international vereinbarten 0,7 % des BNE und die Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds auf 20 Millionen festgelegt. Das sollte eigentlich die Realität sein, wenn das Regierungsübereinkommen von den Unterzeichnenden auch ernst genommen würde.

Diese Einsparungen treffen die Ärmsten der Armen mit voller Wucht. Projekte unserer Mitgliedsorganisationen müssen gekürzt oder abgebrochen werden oder können nicht verlängert werden. 1 Million Euro weniger bedeutet, dass



Die Abbildungen zeigen die ODA Österreichs (als Prozentsatz des BNE) im Vergleich zum Durchschnitt der DAC Mitglieder im zeitlichen Verlauf (oben) sowie im internationalen Vergleich im Jahr 2013 (unten). DAC ist das Development Assistance Committee der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development).

Quelle: <http://www.oecd.org/development/data.htm>

15.000 Menschen hungern müssen, weil ihnen das Saatgut fehlt. Die Kürzungen um 17 Millionen wirken sich also bei diesem Beispiel unmittelbar auf 255.000 Menschen aus. Wenn eines der reichsten Länder dieser Welt seinen Verpflichtungen nicht nachkommen möchte und damit die Überlebenschancen hunderttausender Menschen schmälert, ist das mehr als fragwürdig.

Seit 2010 haben sich die Mittel für die direkte Projekthilfe halbiert, der Auslandskatastrophenfonds dümpelt bei 5 Millionen Euro dahin. Mit diesen geringen Budgetmitteln noch sinnvoll zu arbeiten, ist eine wahre Herausforderung und kann zu Lasten einer nachhaltigen Entwicklung gehen.

Der österreichischen Bundesregierung scheint dies alles „wurscht“ zu sein. Ebenso, dass 82 % der Österreicherinnen und Österreicher laut Umfrage von Eurostat hinter der EZA stehen, und auch dass es beispielsweise Großbritannien gelingt, die international vereinbarten 0,7 % zu erreichen. Die budgetäre Prioritätensetzung der Bundesregierung liegt anscheinend in Bereichen, in denen es nicht um die Unterstützung für diejenigen geht, die am bzw. unter dem Limit existieren. Scheinbar fehlt der politische Wille. Denn Mittel sind vorhanden. Sie werden nur anders verteilt.

Wir, 45 entwicklungspolitische und humanitäre NGOs, die wir uns seit zwei Jahren gegen die Kürzungen einsetzen, werden auch weiterhin die Bundesregierung auffordern, dem Willen der Mehrheit der Nationalratsabgeordneten zu entsprechen, die sich öffentlich gegen Kürzungen ausgesprochen haben und ihr eigenes Regierungsprogramm umzusetzen. Auch im Sinne ihrer Glaubwürdigkeit. Österreich kann es natürlich schaffen, eine Trendwende in der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe einzuleiten. Es ist eine Frage des politischen Willens und der Durchsetzungskraft.



© Lord Chidgey

Comment of Lord David Chidgey

Member of the House of Lords,
British Parliament, and of the
AWEPA Governing Council

The Development Assistance Committee (DAC) maintains that by far the best known international target in the aid field is that of raising official development assistance (ODA) to 0,7 % of donors' national income. The target grew out of a suggestion to transfer 1 % of donor countries' income to developing countries, defined and developed throughout the 1960s.

The late 1960s saw intense negotiations in the United Nations over development strategy, with aid volume being a key sticking point between developed and developing countries. The impasse was finally broken when in October 1970 the UN General Assembly agreed that "Each economically advanced country will progressively increase its official development assistance to the developing countries and will exert its best efforts to reach a minimum amount of 0,7 % of its gross national product at market prices by the middle of the decade." Throughout the 1970s, the target gained acceptance, with the exception of the USA and Switzerland. All other DAC members have accepted the target, at least as a long term objective. Sweden was the first country to meet the target, in 1974, quickly followed by the Netherlands and then Norway and Denmark. It was not until 1991 that they were joined briefly, by Finland. In

1993 the System of National Accounts discontinued the term "gross national product" (GNP) and replaced it with "gross national income" (GNI). DACs members' performance against the 0,7 % target is therefore now shown in terms of ODA/GNI ratios.

Our generation post 2000 is the first in which the world is able to halve world extreme poverty within the 0,7 % envelope. The Millennium Development Goals for 2015 are utterly affordable. 0,7 % of the rich world's GNI can provide enough resources to meet the MDGs, but developed countries must follow through on commitments and begin increasing ODA volumes today. The UN Millennium Project's costings show that to meet the MDGs would cost between \$75 and \$150 per person a year – less than half being financed by ODA.

At this time, the United Kingdom is the sole G20 country achieving the 0,7 % target. Prior to the 2010 General Election, the Liberal Democrats adopted this as their national policy in their document "Accountability to the Poor", enshrining it as a policy commitment in their election manifesto. Carrying through this commitment became a key feature in the agreement between the Conservatives and the Liberal Democrats to form a Coalition government for the first time in the UK for around 100 years. Since then, not only the Conservatives, but also the opposition Labour party have adopted 0,7 % as Party policy.

It appears from large-scale ongoing research in the UK that citizen's perceptions are that whatever the amount spent on aid actually is, they still believe it to be too much. Nevertheless they support aid because the benefits are seen to outweigh the costs and it is also seen as a moral duty. They see the UK as an "honest broker", which having made commitments, should keep them. There is no doubt that the highly successful campaign throughout 2010 – 2011 to "Make Poverty History" has helped tremendously.

2015 – Europäisches Jahr für Entwicklung

Das europäische Parlament verabschiedete in seiner Sitzung am 2. April einen Beschluss, wonach das Jahr 2015 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ werden soll. Das weiterführende Motto lautet „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ und unterstreicht, dass die menschliche Sehnsucht und das Recht auf ein Leben in Würde nicht an den Grenzen des europäischen Kontinents enden.

2015 läuft die Frist für die Erfüllung der „MDGs“ (Millenniumsziele) aus und die sogenannte Ära der „Post-2015 Ziele“ beginnt. Dieses Jahr bietet daher

aus Sicht der EU eine einmalige Gelegenheit, mit EU-Bürger_innen in den Diskurs zu treten, um das starke Engagement der EU für die Beseitigung der Armut weltweit zu präsentieren und um sie zu informieren, wie jeder Euro der Unterstützung hilft, das Leben der Menschen u.a. in den ärmsten Ländern der Welt zu verbessern.

Das Europäische Jahr für Entwicklung soll auch als Katalysator für die Bewusstseinsbildung dienen, u.a. durch eine intensive politische Debatte und entwicklungspolitische Bildung. Ziel ist die Stärkung der Akteur_innen, die sich

für eine nachhaltige Welt einsetzen, im Norden wie im Süden. Universalität – „global denken, lokal handeln“, Solidarität – „nicht für, sondern mit anderen arbeiten“, Engagement – „unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ und Verantwortung/Verantwortungsbewusstsein – „Es geht nicht nur darum, was wir geben, sondern, wie wir leben“, stehen im Mittelpunkt der Kampagne.

Auch der Parlamentarische NordSüdDialog wird sich mit Aktivitäten in die Kampagne einbringen und Sie über die EU-weiten Aktivitäten auf dem Laufenden halten.

Mosambik: Zusammenarbeit mit Wirkung

Dass die österreichische Hilfe ankommt, davon konnte sich Martin Ledolter, Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, im Frühjahr während seiner Reise durch das Partnerland Mosambik überzeugen.

Claudia Gruber, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Austrian Development Agency

Das österreichische Engagement konzentriert sich unter anderem darauf, die Dezentralisierungsbestrebungen der mosambikanischen Regierung zu unterstützen. Denn kleinere Administrationseinheiten ermöglichen eine effektivere Verwaltung und der Bevölkerung demokratische Mitbestimmung. Auch Landwirtschaft, gute Regierungsführung und Demokratisierung sind wesentliche Schwerpunkte.

Gestärktes Parlament

Anlässlich seines Besuchs empfangen Parlamentspräsidentin Verónica Macamo

und Generalsekretär Armando Correia den ADA-Geschäftsführer und dankten ihm für die gute Zusammenarbeit. „Das Parlament ist nicht nur oberstes Organ zur Kontrolle der Regierung und zur Prüfung des nationalen Budgets. Es ist auch für die Festlegung nationaler Entwicklungsstrategien und die Abwicklung der Gebergelder von zentraler Bedeutung. Dass die Abgeordneten ihre demokratischen Aufgaben effektiv wahrnehmen können, ist also nicht nur wichtig für unsere Partner, sondern auch in unserem eigenen Interesse. Ich freue mich, dass es bereits so viele Fort-

schritte gibt“, so Martin Ledolter nach seinem Besuch.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat dem mosambikanischen Parlament technische Ausstattung vor allem im IT-Bereich zur Verfügung gestellt und den Abgeordneten das nötige Wissen für die Anwendung der neuen Technologien vermittelt. In Schulungen lernen die ParlamentarierInnen zudem, Gesetze unter dem Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (E-Law) auszuarbeiten. Außerdem wird das Hohe Haus



Foto 1:
Dr. Ledolter bei
seinem Besuch
bei Parlamentsprä-
sidentin Verónica
Macamo.

Foto 2: Dr. Ledolter
neben Zacarias J.
Chemene beim Be-
such von mehreren
Bauernfamilien in
der Provinz Sofala.

Fotos:
ADA/Eva Kohl

mit der Einrichtung eines Tags der offenen Tür und Führungen für SchülerInnen und Jugendliche für die BürgerInnen geöffnet. Derzeit beschäftigt sich ein Ausschuss damit, die mehr als 100 Jahre alte Strafgesetzzordnung zu modernisieren – unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Mehr Wissen – bessere Ernte

Seine Reise führte Martin Ledolter auch in die Bezirke Dondo und Nhamantanda in der Provinz Sofala. Dort besuchte er einige Bauernhöfe und erfuhr aus erster Hand, wie sich das Leben der LandwirtInnen durch die österreichische Unterstützung zum Positiven verändert hat: „Als ich 2004 das erste Mal mit Methoden nachhaltiger Landwirtschaft in Berührung gekommen bin, hatte ich eine Anbaufläche von einem halben Hektar. Seither habe ich viel dazugelernt. Nun verwende ich verbessertes Saatgut und baue robustere Gemüsesorten an. Die kann ich auf dem Markt zu einem guten Preis verkaufen“, schildert der Bauer Zacarias J. Chemene.

Er hat jetzt auch einige Zugtiere zum Pflügen und kann damit schon zehn Hektar bewirtschaften. Die Tiere vermietet er auch an andere Bauern. „Von den Einnahmen kann meine achtköpfige Familie recht gut leben. All meine Kinder können zur Schule gehen, wir haben ein neues Haus und sogar ein Motorrad“, so Zacarias J. Chemene stolz. Mittlerweile gibt er sein Wissen an 20 Bauern und Bäuerinnen in der Umgebung weiter; mehr als 50 Prozent davon sind Frauen. Auf Versuchsfeldern lernen die LandwirtInnen, die nachhaltigen landwirtschaftlichen Methoden praktisch anzuwenden. Dabei geht es zum Beispiel darum, wie viele Samen von welchem Saatgut in ein Pflanzloch gesät werden können. Eine vermeintlich simple Frage, die jedoch entscheidend ist für die Ernte.

Ebenfalls Teil der Schulungen sind Produktverarbeitung und Lagerhaltung. „Ich freue mich, dass das Programm so gut läuft. Es ist schön zu sehen, dass es den Menschen dadurch spürbar besser

geht“, so Martin Ledolter auf dem Weg zum nächsten Stopp, einem gemeinsamen Projekt von HORIZONT3000 und der lokalen Organisation Young Africa. Dort können Jugendliche auf einem 200 Hektar großen Gelände eine landwirtschaftliche Fachausbildung absolvieren.

Geschätzter Partner Österreich

„Österreich ist ein anerkannter Partner. Auf Wunsch des mosambikanischen Landwirtschaftsministers werden wir künftig auch unsere Expertise in nachhaltiger Forstwirtschaft in die Kooperation einbringen“, berichtete der ADA-Geschäftsführer von seinen Gesprächen mit Regierungsvertretern in Maputo. Einen Gedankenaustausch gab es auch mit VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Privatwirtschaft. Nicht zuletzt ging es auch um das weitere österreichische Engagement in Mosambik und die Weichenstellungen für die neue Landesstrategie 2014-2016. Denn trotz der Fortschritte, bleibt noch viel zu tun.

Kurz notiert

Wahlen in Mosambik

Die nächsten Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen in Mosambik werden am 15. Oktober 2014 stattfinden. Laut Verfassung kann der derzeitige Präsident, Armando Guebuza, keine dritte Amtsperiode antreten und ist deshalb nicht zur Wahl zugelassen. Guebuza ist seit 2005 Staatsoberhaupt Mosambiks. Die letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 gewann

er mit 75 % der Stimmen; seine Partei FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique) konnte 191 der 250 Parlamentssitze erobern.

Aktueller Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei FRELIMO ist Verteidigungsminister Filipe Nyussi, der sich in einer internen Abstimmung des Zentralkomitees letztendlich gegen die frühere Premierministerin Luisa Diogo (68 % zu 31 %) durchgesetzt. Kandidat der größten Oppositionspar-

tei, RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana) ist Afonso Dhlakama.

Bislang wurden 14 politische Parteien für die Wahlen auf nationaler und/oder regionaler Ebene zugelassen. Diese kämpfen bei den Parlamentswahlen um 250 Sitze in der Assembleia da República. Am Ende der Registrierungsperiode am 9. Mai hatten sich 10.697.245 Bürger_innen für die Wahlen registriert, das entspricht 87,7 % der gesamten potentiellen Wähler_innen.

Migration und Entwicklung – Wo stehen wir in Forschung und Politik?

Marion Noack, Mitarbeiterin am International Centre for Migration Policy (ICMPD)

Entwicklung durch Migration – oder doch Migration durch Entwicklung?

Was hat Migration eigentlich mit nachhaltiger Entwicklung zu tun? Auf den ersten Blick vielleicht nicht viel. Und tatsächlich gelangte der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung erst mit Beginn der Jahrtausendwende in das Blickfeld der Politik, obwohl sich die Migrationsforschung schon seit Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Thema beschäftigt. Wenn Migration und Entwicklung auf politischer Ebene thematisiert wurden, so wurde meist ein negativer Zusammenhang gezeichnet: Migration als Krisenerscheinung und Ausdruck mangelnder Entwicklung, die in der Folge von weiterer Migration noch verschärft werde. Forschungsarbeiten haben jedoch gezeigt, dass ein derartiger Mechanismus nicht funktioniert und der Zusammenhang komplexer ist:

1 **Migration ist ein inhärenter Teil von Entwicklung und sozialen Transformationen.** So steigt die Emigrationsrate im Anfangsstadium ökonomischer Entwicklung an, da der Zugang zu finanziellen Ressourcen einem größeren Bevölkerungsanteil die Möglichkeiten der Migration eröffnet. Erst im späteren Stadium verändern sich die betroffenen Länder von Nettoabwanderungs- zu Nettozuwanderungsländern. Als Beispiele können Südkorea, Malaysia oder auch Griechenland und Spanien genannt werden. Allerdings verändern diese Transformationsprozesse nicht nur die Migrationsdynamiken, auch Migration verändert die Gesellschaft und trägt damit selbst zu Transformationen bei.

2 **Entwicklungshindernisse stellen zwar einen wichtigen Migrationsgrund dar, erklären allerdings nicht zur Gänze tatsächliche grenzüberschreitende Migrationsbewegungen,** da auch eine Reihe anderer Faktoren eine Rolle spielen. Auswanderungsraten **in Ländern mit niedrigem Index der menschlichen Entwicklung (HDI) sind niedriger als in Ländern mit einem hohen HDI.** So weisen Länder mit niedrigem HDI eine Auswanderungsrate von 4 Prozent auf verglichen mit 8 Prozent in Ländern mit hohem HDI (siehe Graphik). So liegt der Anteil der Auswanderer_innen an der Gesamtbevölkerung bei 2,5 % in Subsahara-Afrika, während er in Europa und Zentralasien bei 10,7 % liegt.

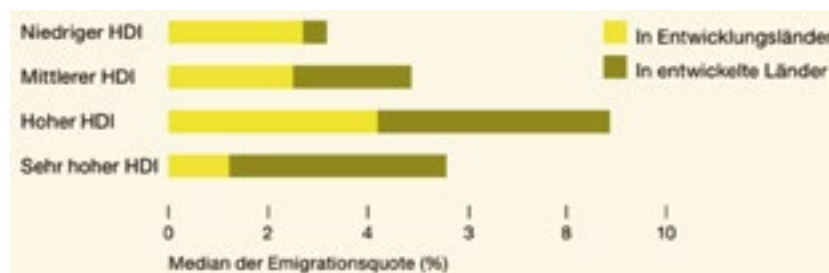
3 **Migration ist ihrerseits Ausdruck von menschlicher Entwicklung,** da ein Mindestmaß finanzieller Mittel notwendig ist um zu migrieren. Ebenso die Entscheidungsmöglichkeit nicht zu migrieren setzt einen gewissen Entwicklungsgrad und das Nichtvorhandensein externer Faktoren voraus, die die Migrationsentscheidung soweit beeinflussen, dass von Zwangs-

migration gesprochen werden kann. Der höhere Entwicklungsgrad eines Landes – demokratische Strukturen, wirtschaftliche Dynamik, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung etc. – bedeutet also vor allem einen Rückgang der unfreiwilligen Migration, die stattfindet, wenn Menschen keinen anderen Ausweg aus ihrer Lage sehen.

4 **Der Einfluss von technologischer Entwicklung** auf Migration ist zweiseitig: Technologien, insbesondere neue und für große Bevölkerungsanteile zugängliche Kommunikationsformen, ermöglichen transnationale – d.h. mehrere Länder umfassende – Lebensformen und mögen somit die Notwendigkeit zu migrieren verringern, reduzieren auf der anderen Seite aber auch die Kosten der Migration.

5 **Migrant_innen können eine wichtige Rolle in der Veränderung von sozialen und ökonomischen Bedingungen besonders auf der Ebene des Haushaltes im Herkunfts- und Aufnahmekontext spielen.** Ihre Arbeitskraft in Aufnahmeländern gleicht Arbeits-

Graphik: Median¹ der Emigrationsquoten nach HDI-Gruppe der Herkunftsländer



Quelle: UNDP, 2009

¹Median: Der Median beschreibt denjenigen Wert der sortierten Stichprobe, der genau in der Mitte liegt (im Unterschied zum Mittelwert oder auch Durchschnitt).

marktdefizite aus und ihre finanzielle Unterstützung von Familienmitgliedern im Herkunftsland erhöht die Bildungschancen und Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen.

6 Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, dass Migrant_innen zu strukturellem Wandel auf der Makroebene beitragen. Wenn Staaten jedoch die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, haben Migrant_innen das Potential diese positiven Trends zu verstärken.

7 Die Auswirkungen von Migration auf Entwicklung sind kontextspezifisch und hängen von den sozioökonomischen und legalen Rahmenbedingungen, dem Entwicklungskontext im Aufnahme- und Herkunftsland sowie den Beziehungen von Migrant_innen zu ihrem Herkunftsland ab. Um ein häufiges in der Literatur behandeltes Beispiel zu nennen, trugen die indischen aus den USA rückkehrenden IT-Fachkräfte zu einem Boom der indischen Computerindustrie bei. Diese posi-

tiven Auswirkungen sind besonders darauf zurückzuführen, dass die indische Computerindustrie zuerst in der Lage war, diese Fachkräfte für den US-Markt adäquat zu qualifizieren und anschließend die Expertise der rückkehrenden Spezialist_innen einzusetzen.

Migration und die Post 2015-Entwicklungsagenda

Doch der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung bewegt nicht nur Forscher_innen. Die Migrations- und Entwicklungsdebatte hat durch ihre Betrachtungsweise von Migration als Entwicklungsfaktor in Herkunfts- und Aufnahmeländern zu grundlegenden Änderungen auf politischer Ebene geführt. So ist Migration Gegenstand institutionalisierter Dialogprozesse geworden, wie dem Global Forum on Migration and Development oder dem UN High-Level Dialogue on International Migration and Development. Im Sinne von Politikkohärenz sind Staaten aufgefordert, migrationspolitische Maßnahmen umzusetzen, die im Einklang mit globalen Entwicklungszielen

stehen. Welche Rolle Migration in der Post-2015 Entwicklungsagenda spielen wird, ist jedoch noch unklar. Die jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, dass Migration als Querschnittsthema und nicht in einem eigenen Ziel oder Unterziel behandelt werden wird. Die Vorsitzenden der Offenen Arbeitsgruppe der VN-Generalversammlung haben den Arbeitsgruppenmitgliedern im Juni einen Vorschlag unterbreitet, der sieben Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) beinhaltet (letzter Draft der Open Working Group vom Juni 2014; <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/4044140602workingdocument.pdf>). Vier der Ziele behandeln explizit Migration und Mobilität auf der Indikatorebene. Allerdings gilt es nun, diese Indikatoren in den nachfolgenden Konsultationen und vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Reduzierung der Anzahl der Ziele auch zu erhalten, da eine sinnvolle und ernstgemeinte globale Entwicklungsagenda Migration aufgrund der Auswirkungen auf Entwicklung in Herkunfts- und Zielländern nicht ignorieren kann.

Verwendete Literatur: Albert Kraller, Marion Noack (2014): Migration und Entwicklung: Interessen, Akteure und Arenen eines erfolgreichen Diskurses. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albrecht Kraller, Wolfram Manzenreiter (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven. Wien: Promedia, Südwind. / Anna Knoll and Niels Keijzer (2013): Will a post-2015 development framework acknowledge migration? In: IOM (Hg.): Migration and the United Nations Post-2015 Development Agenda. Geneva: IOM. / Hein de Haas (2009): Mobility and Human Development. Oxford: International Migration Institute. / ICMPPD, ECDPM (2013): Migration and Development Policies and Practices. A Mapping Study of eleven European Countries and the European Commission, Vienna. / Open Working Group on Sustainable Development Goals (2014): Introduction and Proposed Goals and Targets on Sustainable Development. Online abrufbar: <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/4044140602workingdocument.pdf> (11.06.2014). / UNDP (2009): Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung. Deutsche Version herausgegeben von: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn.

Diaspora Engagement und EZA

Michael Fanizadeh, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Migrant_innen und Diaspora-Organisationen bilden Brücken zwischen ihren Herkunftsländern und den Ländern, in denen sie heute leben. Ihr Wissen ist eine beachtliche Ressource, die jedoch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wenig anerkannt und genutzt wird. Das VIDC lancierte daher zusammen mit dem Südwind und Partnerorganisationen in Italien, Slowenien und der Slowakei 2011 die Kampagne CoMiDe – Initiative für Migration und

Entwicklung. Gefördert von der EU und der OEZA entstanden in der Folge Kooperationen zwischen entwicklungspolitischen und Diaspora-Organisationen.

Ziel der Initiative ist es, das Thema Migration als Resultat globaler Ungleichheit verstärkt in den entwicklungspolitischen Diskurs einzubringen und die Zusammenhänge zwischen den Politikfeldern Migration und Entwicklung im Sinne von Politikkohärenz deutlich zu



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei der Eröffnung der CoMiDe Konferenz im März 2013.
Foto
Daniel Novotny

machen. Einen wichtigen Beitrag lieferte hier das Forum „Migration & Entwicklung“ im März 2013, welches von CoMiDe, der Afrika Vernetzungsplattform und dem Karl-Renner-Institut organisiert und von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnet wurde. Die Veranstaltung bündelte das Know-how entwicklungspolitischer und migrantischer Organisationen aus Österreich und Europa und trug zu einem besseren Verständnis zwischen den Akteur_innen bei. Mehr als 180 Teilnehmer_innen nahmen am Forum teil und wünschten sich mehr Teilhabe von Diaspora-Organisationen in der EZA.

Diese Partizipation ist wichtig, da Diasporas in den professionellen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Durchführung von offiziellen und staatlich sowie privat geförderten Entwicklungsprojekten unterrepräsentiert sind. Zudem werden die oftmals ehrenamtlichen Leistungen von der entwicklungspolitischen Szene nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht gefördert: Für Irène Hochauer-Kpoda vom Verein Barka Barka gibt es zu wenig Vernetzung und Vertrauen zwischen EZA und Diaspora-Organisationen: „Es gibt tatsächlich einen blinden Fleck bei den gut etablierten EZA-Organisationen (...). Diese Organisationen haben kaum etwas mit den in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Migrant_innen-Organisationen zu tun – die selten Unterstützung bekommen, aber trotz aller Schwierigkeiten viele Projekte (...) durchführen.“

Aktivisten wie der Leiter des Chiala Afrika Zentrums in Graz, Kamdem Mou Poh à Hom, fordern daher eine Einbindung von Diaspora-Organisationen:



„Schon in der Anfangsphase wollen wir mitgenommen werden. Menschen mit Migrationshintergrund würden eine neue Dynamik in die Entwicklungszusammenarbeit hineinbringen.“

Insbesondere wäre eine spezielle finanzielle Förderung von migrantischen Initiativen wie es sie beispielsweise in der Schweiz gibt wichtig.¹

Der Einfluss der Diaspora-Organisationen auf die Entwicklungen in ihren jeweiligen Herkunftsländern (oder jener der Eltern) ist schwer einzuschätzen. Zumeist wird in der Diskussion auf die Rücküberweisungen (Remittances) von Migrant_innen in ihre Herkunftsländer verwiesen: Im Zeitraum von 2000 bis 2012 haben sich diese beinahe verdreifacht und belaufen sich nun global auf 528 Mrd. \$.²

Zum Vergleich: 2012 wurden weltweit nur 126 Mrd. \$ für EZA und Entwicklungshilfe (ODA) aufgewendet.³

Wie viele dieser Rücküberweisungen von Diaspora-Gruppen dann wirklich zur Unterstützung von sozialen, menschenrechtlichen oder bildungspolitischen Initiativen ausgegeben werden, ist schwer zu quantifizieren. Allerdings lässt sich sagen, dass diese Rücküberweisungen trotz der Finanzkrise relativ stabil geblieben sind und in vielen Regionen eine wichtige Rolle beispielsweise bei der Armutsbekämpfung, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Förderung von Kleinunternehmertum spielen.⁴

Die entwicklungspolitische NGO-Szene in Österreich ist sich der zunehmenden Bedeutung von Diaspora-Engagement durchaus bewusst. So verabschiedete der Dachverband Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe (AGGV) ein Positionspapier zum Thema. In dem Papier finden sich u.a. Empfehlungen zu den Themen: Kohärenz von EZA und Migrationspolitik für Entwicklung, Kooperation zwischen EZA- und Diaspora-Organisationen, Fördermöglichkeit für Diasporaorganisationen, und Capacity Building für Diaspora-Organisationen in der EZA.⁵



¹ https://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Organisation/Globale_Zusammenarbeit/Globalprogramm_Migration_und_Entwicklung / ² <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPETS/0,,contentMDK:22759429--pagePK:64165401--piPK:64165026--theSitePK:476883,00.html> [abgerufen am 16.6.2014] / ³ http://www.oecd-ilibrary.org/development/development-aid-net-official-development-assistance-oda_20743866-table1 [abgerufen am 16.6.2014] / ⁴ Ratha, Dilip/Plaza, Sonia (2011): Harnessing Diasporas. Africa can tap some of its millions of emigrants to help development efforts: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2011/09/pdf/ratha.pdf> [abgerufen am 16.6.2014] / ⁵ http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/positionspapier_agmigrationentwicklung_dez2013k_beschlossen.pdf

The dialogue on migration between Africa and the EU

Hon. Marit Majj, Dutch MP with the portfolio of Europe, Asylum and Migration and Head of the Dutch AWEPA Section

In April of this year the heads of State of the African Union and the European Union met in Brussels. One of the topics on the agenda was migration and mobility. The joint declaration of the EU-Africa Summit on migration and mobility shows that it is complex to come to a common approach on migration since the interests of the countries of origin, transit and destination are drifting apart. This is the case both inside the two continents and between the two continents.

Migration has come under growing attention because of the tragedies that take place so frequently since last autumn in the Mediterranean Sea. People die in an attempt to cross that sea from the shores of northern Africa to the islands of Malta and Italy. Migration has come under growing attention because of the tragedies taking place in countries in the Horn of Africa and the Middle East. Huge waves of refugees and IDPs (internally displaced people) are on the move in Somalia, South Sudan, Eritrea and recently in the Middle East not only Syria, but also Iraq. People are fleeing from civil war and political oppression. At the same time people, mainly young people, young men, are leaving their hometowns looking for a more prosperous life in an unknown country.

The successful approach to migration is a comprehensive approach to migration. An approach that addresses the challenges, difficulties and opportunities of migration. An approach that addresses all forms of migration: legal, irregular, circular, temporary, asylum and return. But before the EU can come to an optimally working comprehensive approach in its relation with the African continent, the EU has to finish some homework. All member states of the EU should properly implement the directives that describe the ways in which asylum seekers should be given shelter and the way in which asylum procedures should be organized. The common asylum and migration policy that was initiated in 1999 has still not come to full implementation.

At the same time, current affairs and developments force us, African and European nations, to take action. The most immediate action that has to be taken is to provide people in refugee camps in the region with proper shelter, protection, food and medication. The needs in new camps around Juba and in CAR (Central African Republic), and in long existing camps in northern Kenya or eastern Ethiopia are tremendous. EU countries have to contribute generously and help with expertise and

in kind. The best place to give shelter to refugees is as close to their homes as possible, so that they can return to their houses when security improves.

Protection of asylum seekers in Europe is also an important element of a comprehensive approach to migration, as is return policy, and the facilitation of regular migration, fighting human smuggling and trafficking. These elements are all mentioned in the declaration of the heads of state of the EU and Africa.

But the most important element in my view is addressing the root causes of migration: lack of economic and social prosperity, civil war, political oppression, lack of personal freedom and violation of human rights. These are the issues that should be addressed, but they are the most difficult to discuss, because they touch upon the political and economic system and internal development of sovereign countries. I would like to work towards a future in which people can migrate out of free will and not because of a negative push factor. As long as we do not have a stable region with equal possibilities, equal opportunities, free of wars and of oppression, a comprehensive approach to migration is the second best but necessary option.



30 Jahre AWEPA

Parlamentarischer Dialog zwischen Afrika und Europa zum Thema Migration und Entwicklung von 3. bis 4. Oktober 2014 in Midrand (Südafrika)

Der Umgang mit Migration und Mobilität birgt Herausforderungen und Chancen für die sozioökonomische Entwicklung von Staaten und Gesellschaften. AWEPA setzt sich im Jahr seines 30-jährigen Bestehens intensiv mit diesem Thema auseinander und organisiert verschiedene Aktivitäten. Als Höhepunkt wird im Oktober eine Konferenz zum afrikanisch-europäischen parlamentarischen Dialog über Migration und Entwicklung stattfinden – feder-

führend ist einer der wichtigsten Partner von AWEPA im Südlichen Afrika, das Pan-Afrikanische Parlament (PAP). Insbesondere soll die Rolle von Parlamentarier_innen bei der Ausarbeitung und Gestaltung konstruktiver Maßnahmen, die das Entwicklungspotenzial von Migration ausschöpfen können, diskutiert werden. Sowohl Fragen innerafrikanischer als auch interkontinentaler Migration zwischen Afrika und Europa werden angesprochen.

Südafrika: Neustart trotz Wahlsieg?

Walter Sauer, Mitarbeiter des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika/SADOC

Wählen ist im Post-Apartheid-Südafrika zur Routine geworden. Die Parlamentswahlen vom 7. Mai 2014 – die fünften unter Einrechnung des ersten freien Urnengangs von 1994 – verliefen reibungslos und praktisch ohne Zwischenfall. Mit 62,15 % der abgegebenen Stimmen und 249 von 400 Sitzen in der National Assembly ging erwartungsgemäß der regierende African National Congress als überragender Sieger daraus hervor.

An zweiter Stelle landete die oppositionelle Democratic Alliance (DA) mit 22,23 % bzw. 89 Mandaten, an dritter die vom ANC abgespaltenen Economic Freedom Fighters (EFF) mit beachtlichen 6,35 % und 25 Abgeordneten. Dahinter abgeschlagen die Inkatha Freedom Party (IFP) sowie weitere Kleinparteien, inkl. des 2009 international gehypten Congress of the People (COPE) mit drei und der neu gegründeten Agang SA mit zwei Mandaten. Insgesamt ermöglichte das minderheitenfreundliche südafrikanische Wahlrecht dreizehn politischen Parteien den Einzug ins Parlament.

Die Botschaft des ANC, der auf die Errungenschaften der letzten zwanzig Jahre gesetzt hatte, wurde von einem großen Teil der Wähler_innenschaft ge-

teilt. In der Tat kann sich die Bilanz der ehemaligen Befreiungsbewegung sehen lassen: Der Anteil der Analphabeten an der (stark wachsenden!) Bevölkerung ist auf unter ein Fünftel gesunken, mehr als drei Viertel verfügen über Zugang zu Elektrizität und Trinkwasser, über 15 Mio. Menschen sind in die Wohlfahrt einbezogen, während sich der Umfang der schwarzen Mittelschicht verdoppelt hat.

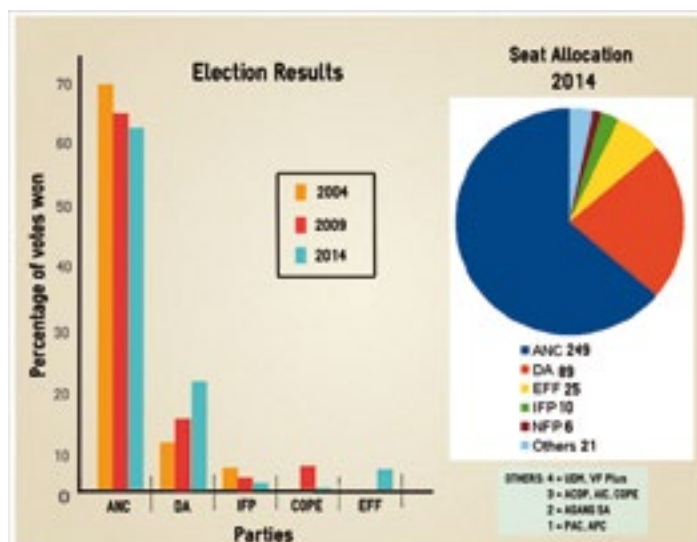
Die genauere Betrachtung des Wahlergebnisses lässt freilich auch Schwachstellen erkennen. So erstens der Umstand, dass sich viele potentielle Erstwähler_innen (die sog. „born-free“) nicht registrierten; Wahlpathie bei Jungen scheint weit verbreitet. Zweitens der Verlust von immerhin 3,75 % bzw. 15 Mandaten im Vergleich zu 2009, während die DA 4,65 % und 18 Sitze zulegen konnte. Drittens, dass die Ergebnisse der Regierungspartei gerade in den städtischen Zentren weit unter dem Durchschnitt lagen: in Johannesburg 53,63 %, in Tshwane (Pretoria) 50,96 %, in Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth) gar nur 49,14 %.

Gegenüber Jugendlichen erwies sich die Erfolgsbotschaft der „20 Jahre“ somit als wenig wirksam – das seit 1994

Erreichte ist für sie selbstverständlich geworden. Arme Schichten hingegen sehen im ANC weiterhin den Garant für eine Verbesserung, sowohl in den ländlichen Regionen als auch in den pauperisierten Townships, wo die zahlreichen service delivery-protests eher den Nichtwähler_innen zugutegekommen sein dürften. Im urbanen Raum schließlich spielten die medial breit gecoverten Themen Korruption, good governance etc. zu Lasten des ANC eine Rolle.

Von einem notwendigen „Neustart“ der Regierung war deshalb weithin die Rede. Angesichts der verbreiteten Proteste steht die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse auf Gemeindeebene an. Auch das geschwundene Vertrauen der urbanen Schichten in den ANC soll wiedergewonnen werden, wobei es auch um das Schicksal von Jacob Zuma selbst geht, der wegen ständiger Korruptionsvorwürfe umstritten ist. Das Szenario eines Wechsels an der Staats- und/oder Parteispitze (Cyril Ramaphosa statt Jacob Zuma) scheint denkbar.

Auch die sich verschlechternde Wirtschaftslage schlägt zu Buche. Erstmals seit 2009 schrumpfte das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2014, wohl auch infolge des anhaltenden Streiks im Platinbergbau. Hinzu kommen die bislang ungelösten „Hausaufgaben“: ungeheure soziale Ungleichheit, steigende Arbeitslosigkeit (2013 nach offiziellen Angaben 24,7 %, unter Einrechnung derjenigen, die nicht mehr nach Arbeit suchen, jedoch 35,6 %), die nach wie vor extrem hohe HIV-Rate (4,6 Mio. unter den 14-49jährigen), ein chronisch gewordenes Handelsbilanzdefizit, die hohe Verschuldung gerade der konsumorientierten schwarzen Mittelschicht oder das in ländlichen Gebieten schlecht funktionierende Schulsystem. Es ist anzunehmen, dass in den kommenden Monaten diesbezügliche Initiativen gesetzt werden.



Grafik:
Wahlergebnisse in
Südafrika im zeitlichen
Vergleich.

Quelle:
<http://www.pa.org.za/blog/infographic-election-results-and-allocation-seats>

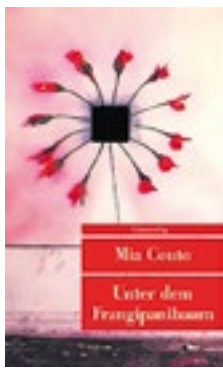
Literatur für den Sommer



Hans Magnus Enzensberger (Hg.)

Nie wieder! Die schlimmsten Reisen der Welt

„Alles Unglück des Menschen kommt nur von daher, dass sie es nämlich nicht verstehen, allein in einem Zimmer zu bleiben.“ Das wusste vor über 300 Jahren schon Blaise Pascal und das vorliegende Buch spricht bekräftigende Warnungen aus. Hans Magnus Enzensberger hat zahllose Schrecken des Reisens zusammengestellt und so kam ein ebenso nützliches wie unterhaltendes Buch heraus: Mit schlecht verhohlenen Stolz und oft mit triumphierendem Masochismus erzählen die hier versammelten Autor_innen von Abenteuern auf allen Kontinenten, von Urumtschi bis Hueheutenango – und auch Europareisende konnten was erleben. Mit Texten von Bruce Chatwin, George Orwell, Alfred Döblin, Ryszard Kapuscinski, Joseph Roth und vielen anderen.



Mia Couto

Unter dem Frangipanibaum

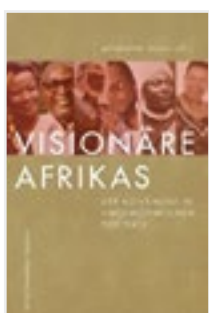
In einem Altersheim in der mosambikanischen Provinz, wo ein Todesfall aufgeklärt werden soll, versucht Inspektor Izidine Naíta Klarheit in dem Gespinnst der geheimnisvollen Aussagen der Bewohner_innen zu gewinnen. Im Schatten des Frangipanibaums auf der Terrasse über dem Meer lauscht er allabendlich ihren merkwürdigen Geschichten. Dabei taucht er immer tiefer in ihre fantastische Welt ein und sieht sich zugleich auch mit der politischen Vergangenheit des Landes konfrontiert. Mia Couto, einer der wichtigsten Erzähler Afrikas, besticht durch seine fantasievolle Sprache voller ungewöhnlicher Wortschöpfungen und lyrischer Sprachbilder. Er bringt dem Leser_innen ein modernes Mosambik nahe, bei dem die Gespenster der Vergangenheit zum Greifen nah erscheinen. Eine Leseüberraschung für alle, die Afrika lieben.



Donna Tartt

Der Distelfink

Es passiert, als Theo Decker dreizehn Jahre alt ist. An dem Tag, an dem er mit seiner Mutter ein New Yorker Museum besucht, verändert ein schreckliches Unglück sein Leben für immer. Er verliert sie unter tragischen Umständen und bleibt allein und auf sich gestellt zurück, sein Vater hat ihn schon lange im Stich gelassen. Theo versinkt in tiefer Trauer, die ihn lange nicht mehr loslässt. Auch das Gemälde, das seit dem fatalen Ereignis verbotenerweise in seinem Besitz ist und ihn an seine Mutter erinnert, kann ihm keinen Trost spenden. Ganz im Gegenteil: Mit jedem Jahr, das vergeht, kommt er immer weiter von seinem Weg ab und droht, in kriminelle Kreise abzurutschen. Und das Gemälde, das ihn auf merkwürdige Weise fasziniert, scheint ihn geradezu in eine Welt der Lügen und falschen Entscheidungen zu ziehen, in einen Sog, der ihn unaufhaltsam mit sich reißt ... Pulitzer-Preis für Literatur 2014.



M. Moustahpha Diallo (Hg.)

Visionäre Afrikas. Der Kontinent in ungewöhnlichen Porträts

In über vierzig Porträts erzählt dieses Buch von außergewöhnlichen Menschen Afrikas. Von Frauen und Männern, die bewundert werden, geachtet und geliebt, weil sie eine Vision hatten und nicht von ihr ließen, bis sie ihr Ziel erreicht hatten. Für ihr Dorf, ihre Region, ihr Land. Als Erfinder oder Universitätsgründer, als Widerstandskämpferin oder Popmusiker, als Umweltaktivistin oder Schriftsteller_innen. Unter den Autor_innen der mal essayistischen, mal erzählerischen Beiträge finden sich bekannte Namen wie Véronique Tadjo, Monique Ilboudo, Sami Tchak und Patrice Nganang, aber auch bei uns nicht bekannte Autor_innen. Ein buntes, facettenreiches Buch über besondere Menschen Afrikas, gesehen mit afrikanischen Augen.

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

MIGRATION UND INTEGRATION IN ÖSTERREICH

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Integration wurden Integrationsindikatoren festgelegt, um die unterschiedlichen Dimensionen des Integrationsprozesses in Österreich messbar zu machen und ein langfristiges Integrationsmonitoring zu etablieren. Der Bericht zur Migration und Integration 2013 wurde von der Statistik Austria, der Kommission für Migrations- und Integrationsforschung und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erstellt.

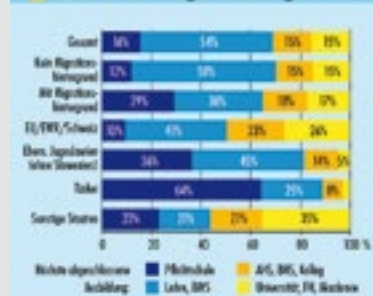
Durch die 25 angewandten Integrationsindikatoren werden unter Berücksichtigung der demographischen Rahmenbedingungen sowie der subjektiven Sichtweisen der aktuelle Stand der Zuwanderung und Integration in Österreich für 2012/2013 und die wesentlichen Veränderungen zu den Vorjahren zusammengefasst. Die Indikatoren beziehen sich auf die Bereiche Bildung und Sprache, Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit, Soziales und Gesundheit, Sicherheit (Zugewanderte als Opfer und Täter), Wohnverhältnisse und Segregation, soziale und identifikatorische Dimension sowie auf subjektive Sichtweisen. Die 5 Kernindikatoren besagen für das Jahr 2012 folgendes:

In Bezug auf das Integrationsklima geht aus dem Bericht hervor, dass nur 4,2 % der Gesamtbevölkerung die Integration als sehr gut funktionierend empfinden, umgekehrt sagen rund 8,6 %, dass diese sehr schlecht funktioniert. Rechnet man dazu die 46,4 %, die ein „eher schlecht“ bekundet haben, dann ergibt sich eine Mehrheit der Bevölkerung, die mit dem Integrationsprozess unzufrieden ist. Die zugewanderte Bevölkerung teilt diesen Pessimismus jedenfalls nicht. Die überwiegende Mehrheit (82 %) fühlt sich in Österreich völlig oder eher heimisch. Nur 10,5 % fühlen sich weniger heimisch und 7,5 % überhaupt nicht heimisch.

Insgesamt dokumentieren die Fragen nach dem Integrationsklima eine verbesserte Stimmung und einen bemerkenswerten Wandel. Die Gesellschaft hat zur Kenntnis genommen, dass das „alte Modell“ der Gastarbeit – Menschen kommen, verrichten ihre Arbeit und kehren wieder in die Heimat zurück, ohne Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen – nicht mehr aktuell ist. Sie hat gelernt, Migration als einen Teil der demographischen Realität zu akzeptieren. Die Erhebung 2013 bestätigt diesen Trend.

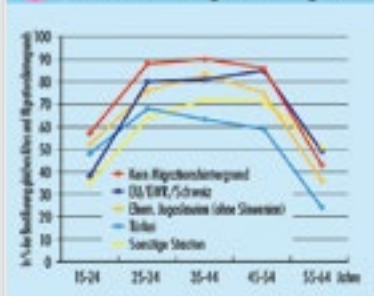
DIE 5 INDIKATOREN

Indikator 5 Bildungstand der 25- bis 64-jährigen 2012 nach Migrationshintergrund



Q.: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2012, Jahresberichtsreihe – Bevölkerung in Privathaushalten.

Indikator 7 Erwerbstätigenquote 2012 nach Alter und Migrationshintergrund



Q.: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2012, Jahresberichtsreihe über alle Wochen – Bevölkerung in Privathaushalten.

Indikator 9 Arbeitslosenquoten 2012 nach Staatsangehörigkeit



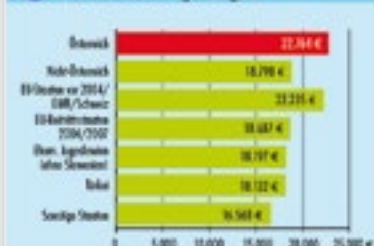
Q.: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung/Statistik, Sonderauswertung – 1) Österreicher mit unbekannter Staatsangehörigkeit.

Indikator 9 Arbeitslosenquoten 2012 nach Staatsangehörigkeit und Ausbildung

Staatsangehörigkeit	Minderakquisitiere Bildung	Mehrakquisitiere Bildung	Un-/berufliche Ausbildung
Insgesamt	15,5%	5,9%	3,7%
Österreich	14,4%	4,9%	3,8%
Nicht-Österreich	18,7%	5,5%	3,4%
EU, EWR, Schweiz	13,8%	5,8%	3,7%
Ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)	17,7%	5,4%	2,8%
Türkei	21,4%	5,1%	2,8%
Sonstige Staaten	24,4%	3,9%	4,0%

Q.: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung/Statistik, Erwerbslosenmonitoring Sonderauswertung – 1) Österreicher mit unbekannter Staatsangehörigkeit.

Indikator 13 Netto-Jahreseinkommen¹ 2011 nach Staatsangehörigkeit



Q.: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertungen. – 1) Median des Netto-Jahreseinkommens der ganzjährig unversichertig Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge).

Indikator 14 Armutsgefährdung u. manifeste Armut 2009/2011 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Armutsgefährdung (Bvkt)	Manifeste Armut (Bvkt)
Insgesamt	12%	6%
Österreich	11%	5%
Nicht-Österreich	26%	14%
EU, EWR, Schweiz	19%	8%
Ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)	17%	11%
Türkei	44%	23%
Sonstige Staaten	47%	24%

Q.: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009/2011.

Quelle Zahlen und Text: migration & integration, zahlen.daten.indikatoren. 2013. Erstellt von Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung, Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2013
http://www.integrationsfonds.at/zahlen_und_fakten/statistisches_jahrbuch_2013